

INHALT: BAND I

VORWORT	i
EINLEITUNG	1
1 Quellenlage.	4
2 Forschungsstand	7
<i>Erste Phase</i> (1945 bis etwa 1972)	8
<i>Zweite Phase</i> (1969 bis 1989/90).	13
<i>Dritte Phase</i> (ab 1989/90)	15
3 Forschungsziel und Forschungsmethoden	26
4 Gliederung der Arbeit	35
KAPITEL 1	
WERDEGANG BIS ZUR NIEDERLEGUNG DES KIRCHENAMTES 1935 47	
1 Bibersteins Sozialisation bis zum Eintritt in die NSDAP im Jahre 1926	47
1.1 Soziale Provenienz und frühe Erziehung	47
1.2 Schulausbildung, Universitätsstudium, Einstieg in das Berufsleben	49
2 Völkische Bewegung als früher Prägefaktor.	51
2.1 Integraler Nationalismus und rassistischer Antisemitismus	52
2.2 Vertreter und Formierungen der völkischen Bewegung	53
2.3 Bibersteins Eintritt in die NSDAP	57
3 Verhaftetsein in nationalprotestantischer Mentalität	59
4 Gesellschaftspolitische Aspekte zu Bibersteins Sozialisation	63
4.1 Versailler Vertrag und NSDAP-Beitritt	63
4.2 NSDAP-Hochburg Schleswig-Holstein	66
5 Ideologiegeschichtliche Aspekte zu Bibersteins Sozialisation.	71
5.1 Die Glaubensbewegung <i>Deutsche Christen</i> (DC)	72
Lagarde – Antisemit und Vordenker des Madagaskar-Plans	74
5.2 Bibersteins Affinität zur neopaganen Strömung	77
Die neopagane <i>Deutsche Glaubensbewegung</i> (DG).	78
6 Zur Dimension und politischen Funktion der <i>Deutschen Christen</i> (DC)	84
6.1 Steigbügelhalter der NSDAP bei den Reichstagswahlen.	85

6.2	DC-Richtlinien – Vorwegnahme der Nürnberger Rassegesetze . . .	90
6.3	Niedergang der Deutschen Christen	98
	Pfarrernotbund – Protest der DEK.	101
	Hitlers Reaktion	102
7	Biberstein – designierter Mitinitiator der <i>Deutschen Christen</i> in Schleswig-Holstein	104
7.1	Installation der DC – Auslöser Altonaer Blutsonntag?	104
7.2	Biberstein – Kreisfachberater bei den Kirchenwahlen 1933	105
7.3	Umstrukturierung der Landeskirche nach dem NS-Führerprinzip	108
	Einführung des Arierparagrafen	109
	Einsetzung des NSDAP-Mitglieds Paulsen als Landesbischof.	111
8	Aufstieg in der kirchlichen Hierarchie	112
8.1	Propst von Bad Segeberg 1933	112
	Einsetzende Auseinandersetzungen mit Amtsbrüdern und Vorgesetzten.	114
	Parteilpolitische Aktivitäten ab 1929.	114
	Konfrontation mit weltlichen Behörden	116
	Einsetzung zum Kreisschulungsleiter der NSDAP 1933	118
9	Niederlegung des Kirchenamtes 1935	122
9.1	Äußerer Anlass	123
9.2	Bibersteins Begründungen	126
 KAPITEL 2		
KARRIERE IM NS-STAAATSDIENST 1935-1945.		
1	Kirchliche Angelegenheiten <i>vor</i> Entstehung des Reichskirchenministeriums	130
2	Machtzentrierung nach Hitlers Machtübernahme	131
2.1	Kirchliche Angelegenheiten im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung	132
2.2	Politische Dimension der Kirchlichen Angelegenheiten.	133
2.3	Dritte Abteilung für Kirchenangelegenheiten im SD-Hauptamt	134
3	Bildung eines Ministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten	134
4	Struktur des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten.	142
4.1	Referatsaufteilung bei Bibersteins Dienstantritt am 14.8.1935.	142
4.2	Bibersteins Zuständigkeitsbereich.	143
4.3	Erweiterung von Bibersteins Aufgabenbereich.	145

5	Zur Entstehung, Struktur und Funktion des SD	147
5.1	Nachrichtendienstliche Frühphase	147
5.2	Profil und Aufgabenbereich nach 1933	149
5.3	Organisation	150
5.4	Ideologisch geprägte Feindbilder	154
6	Zur kirchenpolitischen Funktion des SD	156
6.1	Amt II 113 – Konfessionell-politische Strömungen	156
	Staatsfeind „Politischer Protestantismus“	156
6.2	Biberstein – Referatsleiter „Gestapoangelegenheiten“ im Kirchenministerium	160
6.3	„Maßnahmen politischer Natur in kirchlichen Angelegenheiten“ .	162
7	Bibersteins Einbindung in die „SS-Sippengemeinschaft“ 1936	165
7.1	Personenkreis des SD-Netzwerkes als „Sparte der SS“	166
7.2	Bibersteins Aufnahme in die SS.	168
	Das SS-Selektionsverfahren	170
	Personalberichtsbögen – NS-Bewertungsbögen	172
	Großer Arier-Nachweis und Mindestkinderzahl	175
	SS-Auszeichnungen für besondere Verdienste	176
8	Referent im Reichskirchenministerium und SS-Offizier im SDHA 1936-1941	179
8.1	Biberstein, Dudzus, Roth – Spitzeltätigkeit für den SD	179
8.2	Rückschau – religionpolitischer Kurs 1933/35	181
8.3	Massive Differenzen zwischen Kirchenminister und Parteispitze. .	187
	Biberstein – Informant des SD	189
	Attacken des Kirchenministers gegen seine Referenten	190
	Rücktritt des Reichskirchenausschusses	191
	Bibersteins Aufgaben bei der Durchführung der Kirchenwahlen .	192
	Untergrabung des Hitler-Wahlerlasses durch den Kirchenminister .	194
8.4	SDHA – Gesetzentwürfe zur Trennung von Kirche und Staat . . .	198
8.5	Schaukelpolitik des Kirchenministers	199
	Biberstein-Bericht: Parteinahme des Kirchenministers für die Deutschen Christen	201
8.6	Biberstein-Bericht: Boykottierung des Kirchenministers durch Mitarbeiter	203
	Geplantes Disziplinarverfahren gegen Biberstein und Dudzus . . .	204
8.7	Verlust wichtiger Referate	206
8.8	Druckmittel des Kirchenministers – Hausverfügungen	209

8.9	Engmaschige SD-Überwachung des Kirchenministers	212
KAPITEL 3		
BIBERSTEINS TÄTIGKEIT IM REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT 1941-45 . 215		
1	Die Aufhebung der rechtsstaatlichen Normen	219
1.1	Die Herauslösung des Exekutivapparates aus dem staatlichen Normengefüge.	221
1.2	Die Unterstellung der Polizeibehörden unter einen Partei-Apparat	225
1.3	Das Reichssicherheitshauptamt – Zentralisierungsorgan der Exekutivgewalt	227
2	Bibersteins Versetzung in das Reichssicherheitshauptamt 1941	232
2.1	Ausbildung im Reichssicherheitshauptamt	235
2.2	Hospitation im „Judenreferat“	237
3	Chef der Staatspolizeistelle Opoln/Oberschlesien 1941/42.	240
3.1	Bibersteins „Abkommen“ mit Heydrich	241
3.2	Zur Funktion der Staatspolizeistellen	247
3.3	Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten als Gestapo-Chef	251
	Beantragung von „Schutzhaft“ für Geistliche	255
	Verschärfte Vernehmungsmethoden gegenüber „Staatsfeinden“ . .	260
	Deportationen der über 65-jährigen Juden in das Ghetto Theresienstadt.	264
	Deportationen von Juden in das Vernichtungslager Auschwitz. . .	273
	Ausführung der Einsatzbefehle Heydrichs Nr. 8, 9 und 14.	277
	Selektion sowjetischer Kriegsgefangener im Lager Lamsdorf . . .	284
4	Der politische Auftrag der Einsatzgruppen im Russlandfeldzug.	294
4.1	Operations- und Aufgabenbereich der Einsatzgruppen	309
4.2	Heydrichs „Judentötungsbefehl“ vom 2. Juli 1941	319
4.3	Selbstermächtigung der Einsatzgruppen zum Massenmord	320
4.4	Massenmord in der Ukraine 1941 als Folge der Selbstermächtigung	330
4.5	Die großen Massaker durch die Einsatzgruppe C im Herbst 1941 .	336
4.6	Zum Massaker von Babyń Jar und der NS-Legitimationsrhetorik .	341
5	Führer des Einsatzkommandos 6 im Russlandfeldzug 1942/43	357
5.1	Bibersteins Wehrmachtsbeorderung zum „Osteinsatz“	357
5.2	Übernahme des Einsatzkommandos im September 1942	363

5.3	Zur Andersartigkeit des „sicherungspolitischen Auftrages“ im Herbst 1942	369
	Marschrouten des EK 6 und des SK 10a/ EK 12 – ein geografischer Vergleich	376
5.4	Bibersteins Verbrechen an der Zivilbevölkerung im Rahmen der „Bandenbekämpfung“	386
	Zur Umwandlung des EK 6 in eine künftige stationäre Besatzungsstation	386
	Bibersteins Aufgabenbereich als künftiger Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) Rostow	387
	Grundsätzliches zur Konstituierung der Zivilverwaltungen	396
	Zum Einbau des EK 6 in die Befehlsstrukturen der Wehrmacht	397
	Zielsetzungen der Partisanenkämpfe.	402
	Zur Bekämpfung des zivilen Widerstandes in Bibersteins Einsatzgebiet	404
	Hitlers Weisungen für die „verstärkte Bekämpfung des Bandenunwesens im Osten“	408
	Vom Grundsatzbefehl zur Selbstermächtigung	409
	Bekämpfung der OUN in der Ost-Ukraine 1942	412
	Grundsätzliches zum politischen Umschwenken der OUN	414
	Tätigkeiten der OUN im Reichskommissariat Ukraine	415
	Widerstandskampf der OUN in Bibersteins Einsatzgebiet	417
5.5	Zur Durchführung der „sicherungspolizeilichen Aufgaben“	422
	Exekutionen aufgrund völkerrechtswidriger Befehle	428
	Hinrichtungen gemäß „geordneter polizeilicher Verfahren“	430
	Aufhebung der Rechtszuständigkeit durch den Kriegserichtsbarkeits-Erlass	431
	Zur Arbeitsteiligkeit im Einsatzkommando 6.	433
	Splitting der Zuständigkeitsbereiche auf Befehl des SS-Gruppenführers Dr. Thomas	436
	Bibersteins Rekurs auf die „Verwaltungsaufgaben“.	438
	Zum Ablauf der „Gerichtsverfahren“ und der Exekutionen	439
	Bibersteins Berufung auf die verfassungsrechtlichen Prinzipien des „nationalsozialistischen völkischen Führerstaates“	443
5.6	Rückzug des Einsatzkommandos im Februar 1943	446
	Intensivierung der Exekutivtätigkeit aufgrund der militärischen Lage	446
	Abordnung des Einsatzkommandos 6 zum „Bandeneinsatz“ in der West-Ukraine	447

INHALT: BAND II

KAPITEL 4

ANGEKLAGTER VOR DEM US MILITARY TRIBUNAL II IN NÜRNBERG

1947/48	463
1 Juristische Voraussetzungen der Strafverfolgung.	464
1.1 Phasen der Entschlussbildung zur Ahndung der NS-Gewalt- verbrechen	464
Gründung der Allied Commission for Punishment of War Crimes .	464
Installation der United Nations War Crimes Commission (UNWCC) 1942	466
Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR 1943 . .	466
Statement on Atrocities 1943	470
1.2 Das Londoner Statut – ein neues Rechtsinstrument	470
1.3 NS-Prozesse vor alliierten Militärgerichten	471
Strafprozesse vor britischen Militärgerichtshöfen.	471
Strafprozesse vor französischen Militärgerichtshöfen.	472
Strafprozesse vor sowjetischen Militärgerichtshöfen	472
Strafprozesse vor US-amerikanischen Militärgerichtshöfen	472
2 Der Einsatzgruppenprozess – die Rückkehr des Rechts.	473
2.1 Entscheidungsfindung und Planung des Einsatzgruppenprozesses .	477
Installation des Office Chief of Counsel für War Crimes (OCCWC)	477
Benjamin Ferencz – Chefankläger im Einsatzgruppenprozess . . .	477
2.2 Rechtsgrundlagen und Verfahrensordnung des Einsatzgruppenprozesses.	481
Das Kontrollratsgesetz Nr. 10 – die neue Rechtsgrundlage	481
Ordinance No. 7 – die neue Verfahrensordnung	485
2.3 Das Sozialprofil der Angeklagten	489
SS-Rangstufen.	489
Altersstruktur	491
Bildungsstand und Beruf.	493
2.4 Zur Gruppenanklageschrift vom 29. Juli 1947	496
2.5 Das Beweisaufnahmeverfahren gegen Biberstein	500
Aspekte zu Bibersteins Affidavits	502

	Zu Bibersteins Kenntnis des „Judenausrottungsbefehls“	512
	„Geordnete polizeiliche Strafverfahren“ oder Willkürakte?	519
2.6	Die Einzelanklageschrift gegen Biberstein	525
	Rechtsgrundlagen der Anklage	526
	In verantwortlicher Stellung begangene Verbrechen	530
	Entlastendes Vorbringen	534
	Aspekte zu Bibersteins Kenntnis der Judenausrottung	539
	Der Prozess gegen Biberstein – ein Indizienverfahren.	541
2.7	Das Plädoyer der Verteidigung für Biberstein	544
	Negation der Rechtszuständigkeit des US Military Tribunal II in Nürnberg	544
	Negation völkerrechtlicher Bindungen – ein Entlastungsmoment? .	546
2.8	Die Aufhebung rechtsstaatlicher Normen als Erklärung für Bibersteins Verbrechen.	552
2.9	Verteidigungslinien der übrigen Angeklagten	558
	Frage der Teilnahme an Exekutionen	558
	Hinrichtungen als völkerrechtsmäßige Repressalie	561
	Befehlsnotstand	564
	Exkurs: Zur Entstehung des Judenausrottungsbefehls	569
3	Das Gerichtsurteil des US Military Tribunal II gegen Biberstein	572
3.1	Urteilsspruch und Urteilsbegründung	572
3.2	Verteidigung im Anschluss an den ergangenen Urteilsspruch – die Revisionsgesuche Bibersteins	585
	Petition for Writ of Habeas Corpus and Writ of Prohibiton, 20.4.1948	586
	Appeal for revision of the verdict of Military Tribunal II, 23.4.1948	592
	Supplemental Petition Biberstein, 25.2.1949	600
3.3	Bestätigung des Todesurteils	602
4	Aspekte zur Tötungsbereitschaft der im Fall 9 verurteilten SS-Offiziere .	603
4.1	François Bayle – medizinischer Sachverständiger im Fall 9	605
4.2	Handlungsgrundlagen und Antriebskräfte	613
	Handlungsgrundlagen:	
	(a) Verfassungsrechtliche Prinzipien des „nationalistischen völkischen Führerstaates“	619
	Handlungsgrundlagen:	
	(b) Selbstverständnis der SS als Ordenselite und Exekutivorgan der „Führergewalt“.	638

Antriebskräfte:	
(a) Systemimmanenter massiver Effizienzdruck seitens der Dienstvorgesetzten	652
Antriebskräfte:	
(b) Privilegien und Karrierechance (Himmlers Belohnungssystem)	660
Antriebskräfte:	
(c) Gezielte immerwährende politische Indoktrinierung	662

KAPITEL 5

AUFHEBUNG DES TODESURTEILS 1951	675
---	-----

1	Schuld- und Unschulddebatten nach 1945 – Kollektivschuld und Entnazifizierung	676
1.1	Zur Kollektivschuldthese – „Erschreckens“- und „Sühnerituale“ ² .	676
1.2	Karl Jaspers Einlassungen zur Kollektivschuldthese	681
1.3	Aspekte US-amerikanischer Entnazifizierungspolitik	684
1.4	Offensive der Kirchen gegen die US-Entnazifizierungspolitik . . .	689
	Kirchliche Entnazifizierungskritik aus Bayern	690
	Kirchliche Entnazifizierungskritik aus Württemberg	692
	Selbstreinigungsbewegungen der protestantischen Kirche	695
2	„Kriegsverbrecherfrage“ und kirchliche Lobbyarbeit.	700
2.1	Vorstoß der protestantischen Kirche in der „Kriegsverbrecherfrage“	701
	Einforderung einer Appellationsinstanz	701
	Einschalten der Presse	709
2.2	Vorstoß der katholischen Kirche in der „Kriegsverbrecherfrage“ .	711
	Einforderung einer Appellationsinstanz	711
	Einschalten der Presse	715
2.3	Die Simpson-Überprüfungskommission	717
2.4	Individuelle kirchliche Fürsprache	721
	Engagement für Todeskandidaten des Falles 9	721
	Kirchliches Engagement für NS-Verbrecher – Erklärungsversuche	725
3	„Kriegsverbrecherfrage“ und Lobbyarbeit der Juristen	735
3.1	Individuelle juristische Fürsprache	735
3.2	Unterstützung seitens des Heidelberger Juristenkreises	740
4	Aufhebung des Todesurteils	747
4.1	Politische Voraussetzungen	747

4.2	„Kriegsverbrecherfrage“ und westdeutscher Erwartungshorizont 1949	749
4.3	Gnadenentscheid als US-amerikanischer Strafrechtsgrundsatz	753
	Forderungen der Kriegsverbrecherlobby	753
	McCloy's Vorentscheidungen	757
	Zur Arbeit des <i>Advisory Board on Clemency for War Criminals</i>	759
	McCloy's Gnadenentscheid vom 31.1.1951	765
	Reaktionen auf McCloy's Gnadenentscheid	775
KAPITEL 6		
HAFTAUSSETZUNG NACH DEM „PAROLE-VERFAHREN“ UND RE-		
INTEGRATION 1958 777		
1	Das „Parole-Verfahren“ als Bestandteil des Überleitungsvertrages von 1952	778
1.1	Artikel 6 des Überleitungsvertrages	779
1.2	Von den bilateralen Interim Boards zu dem Mixed Parole Board.	784
2	Mixed (Parole) Board und Schleswig-Holsteinische Landeskirche	788
2.1	Strafrechtliche Bestimmung der Haftaussetzung	789
2.2	Bibersteins Arbeitsgesuch an die Schleswig-Holsteinische Landeskirche	791
	Auswärtiges Amt und Deutsches Rotes Kreuz	795
	Bericht des künftigen Paroliertenbetreuers	797
	Arbeitsplatzsuche seitens der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche	805
3	Re-Integration in das berufliche Leben	812
3.1	Diverse Beschäftigungsverhältnisse	812
3.2	Versorgungsleistungen im Alter	819
SCHLUSS. 827		
1	Rechtsfreie Sonderräume und genozidales Täterverhalten	829
2	NS-Gewalttäter und mögliche Typisierungen	833
3	Nulla poena sine lege?.	837
4	Die Nürnberger Prinzipien – Wegweiser für ein neues Völkerrecht	839
5	Strafrechtliche Normsetzung durch den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag	840
6	Strafrechtliche Normsetzung durch bundesdeutsche Gerichte	842

QUELLEN UND LITERATUR	847
1 Quellen	847
1.1 Archivalien	847
1.2 Gedruckte Quellen.	853
2 Darstellungen.	868
Personenregister	889
Ortsregister.	900